

Seite: 1 bis 1
Ressort: Titel
Rubrik: TITEL
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2022
Nummer: 209
Auflage: 69.078 (gedruckt)¹ 68.996 (verkauft)¹
 101.363 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,711 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 07/2022
² von PMG gewichtet 7/2022

30 Gramm Cannabis sollen erlaubt sein

Kabinetts beschließt Eckpunkte für die geplante Legalisierung. Fraktionen für Nachbesserungen

Der Kauf und Besitz von Cannabis sollen nach Plänen der Bundesregierung künftig in Grenzen erlaubt werden. Das Bundeskabinett hat die Eckpunkte für eine Legalisierung beschlossen. Nach den Plänen der Ampel-Koalition sollen Cannabis und der Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) rechtlich nicht mehr als Betäubungsmittel eingestuft werden. Erwerb und Besitz von bis zu 30 Gramm „Genusscannabis“ sollen straffrei, privater Eigenanbau in begrenztem Umfang erlaubt und ein Verkauf an Erwachsene in „lizenzierten Fachgeschäften“ und vielleicht Apotheken ermöglicht werden.

Man habe beim Cannabis-Konsum keine vorzeigbaren Erfolge erzielen können, sagte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Die Zahl der Konsumenten sowie der THC-Gehalt stiegen. Die Bundesregierung wolle mit ihrer Regelung den Schwarzmarkt verdrängen, durch Grenzwerte eine Entkriminalisierung des Konsums erwirken und einen besseren Kinder- und Jugendschutz sicherstellen.

Ob es wirklich dazu kommt, ist aber offen. Internationale und europarechtliche Regeln könnten der Legalisierung entgegenstehen. Der rechtliche Rahmen biete „begrenzte Optionen, das Koalitionsvorhaben umzusetzen“, heißt es auch in dem Eckpunktepapier. Ein konkreter Gesetzentwurf soll daher erst vorgelegt werden, wenn sich abzeichnet, dass es von der EU gegen die geplante Freigabe keine rechtlichen Einwände gibt.

Der Suchtforscher Heino Stöver kritisiert gegenüber WELT, dass den Eckpunkten zufolge womöglich auch Apotheken an der Abgabe von Cannabis beteiligt sein sollen. „In Apotheken sollten nur Medizin- und Heilprodukte verkauft werden, also medizinisches Cannabis, nicht aber Cannabis zu Genusszwecken“, so Stöver. Zentral seien die lizenzierten Fachgeschäfte, deren Mitarbeiter im Gegensatz zu den meisten Apothekern über viel Know-how verfügten.

Auch die Fraktionen der Ampelparteien sehen noch Nachbesserungsbedarf. „Wichtigen Forderungen der SPD sind in dem nun offiziell beschlossenen Eckpunktepapier Rechnung getragen worden. Es wird zunächst keinen Onlinehandel und keine THC-Obergrenze geben. Worüber wir aber definitiv noch reden müssen, ist die Anhebung der Grenzwerte im Straßenverkehr und die Einführung von Cannabis-Social-Clubs in Deutschland. Hier bleibt das Papier hinter unseren Erwartungen zurück“, sagte Carmen Wegge (SPD) WELT.

Auch Lukas Köhler von der FDP zeigte sich grundsätzlich zufrieden – aber: „Aus Sicht der FDP-Fraktion sind an zentralen Stellen noch Nachbesserungen notwendig, denn die bisherigen Vorschläge aus dem Gesundheitsministerium sind teilweise viel zu restriktiv. Eine Besitzobergrenze für Cannabis ist wenig sinnvoll und wäre auch gar nicht zu kontrollieren. Niemand käme auf die Idee, den Besitz von Bier- oder Weinflaschen zu begrenzen. Es gibt keinen Grund, das beim Cannabis anders zu handhaben“, sagte Köhler WELT. Es sei außerdem fragwürdig, „das deutlich gesundheitsschädlichere Rauchen zu erlauben, aber beispielsweise den Konsum über Brownies nicht. Darüber hinaus müssen auch für die Regeln im Straßenverkehr noch praktikablere Lösungen gefunden werden“.

Seite 4

Nachdem Freiburg ab dem nächsten Schuljahr nur noch vegetarisches Essen in Kitas und Grundschulen anbieten will, hat das Land Baden-Württemberg vorgeschrieben einen Krisenstab eingerichtet. Man will auf alles vorbereitet sein, denn Experten rechnen mit dem Allerschlimmsten. Die Freiburger Krankenhäuser werden in kürzester Zeit überfüllt sein, Tausende von stark unterernährten Kindern werden dort eingeliefert. Die apathisch wirkenden Schüler haben jegliche Lesekompetenzen und Mathekenntnisse verloren. Der Anblick der abgemagerten Kinder ist schrecklich, Ärzte und Pflegepersonal sind völlig überfordert. Um das Schlimmste abzuwenden, wird Hackfleisch intravenös verabreicht. In vielen Freiburger Schulen spielen sich grauenhaften Szenen ab. Lehrer und Hausmeister werden von ausgehungerten Schülern auf der Suche nach einem Stück Fleisch gebissen, in einer Kita fürchtet eine Erzieherin, gegrillt zu werden. Bundeswehrhubschrauber kreisen Tag und Nacht über der Stadt und werfen Steaks, Schnitzel, Frikadellen und Chicken-Nuggets über den Hunger-Hotspots ab.

ZIPPERT ZAPPT

Wörter: 405
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

